

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 5

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grüne Hoffnungen

Frühlings Erwachen im Wahljahr

Es lenzt ungestüm in der politischen Landschaft. Wie immer in den eidgenössischen «Schaltjahren» markieren die Parteien im Frühling ihre Positionen und es werden die werbewirksamen Parolen in den letzten kantonalen Wahlgängen getestet. Wohl noch nie hat sich der herrschende, ja geradezu zwanghafte Trend dieser Wahlaussagen wie diesmal in einem einzigen, an sich nichtssagenden Wort verdichtet: «Grün» ist zum Massstab der politischen Programme, zur Flagge des Wahlherbsts geworden.

Der sensationelle Erfolg der Grünen Partei in den Zürcher Kantonsratswahlen scheint zu bestätigen, was sich in den vergangenen Jahren vielfach angekündigt hat: Umweltschutz stand schon vor vier Jahren eindeutig zuoberst auf der Liste der als vordringlich betrachteten politischen Probleme. Und seither hat sich das Umweltbewusstsein Jahr für Jahr akzentuiert; die Stichworte «Waldsterben», «Tschernobyl» und «Schweizerhalle» haben in der Umwelt-, der Energie- und der Verkehrspolitik einen Zustand permanenter plebiszitärer Spannung herbeigeführt, die sich — so suggeriert es ein nicht unbedeutender Teil der publizistischen Öffentlichkeit — früher oder später, vielleicht schon diesen Herbst in einem das traditionelle Konkordanzsystem erschütternden Beben entladen werde.

Ermutigende Ansätze

An der Brisanz und der Dringlichkeit der zu lösenden Probleme zweifelt im Grunde niemand mehr, der sich ernsthaft mit Politik beschäftigt. Dass der Verbrauch von Energie gedrosselt, der Ausstoss von Schadstoffen vermindert, der Abfall sicher entsorgt und die Risiken potentiell gefährlicher Produktionsprozesse auf ein absolutes Minimum reduziert werden müssen, ist unbestritten. Gesetzliche Grundlagen für staatliches Wirken sind vorhanden, eine Reihe von Massnahmen getroffen worden oder in Vorbereitung, ihre Auswirkungen allerdings erst längerfristig absehbar. Im europäischen Vergleich steht die Schweiz in der vordersten Reihe.

Der erreichte Stand ist freilich noch keineswegs befriedigend. Die Anstrengungen müssen vervielfacht und beschleunigt werden. Auch darüber ist man sich im Grundsatz weitgehend einig, wie die parlamentarische Debatte zum Luftreinhaltekonzept gezeigt hat. Auch wenn man die unvermeidliche Wahlkampfretorik beiseite lässt, findet man doch quer durch das politische Spektrum die Einsicht, dass im Umweltbereich noch zähe und kostspielige Arbeit geleistet werden muss. Man kann sogar getrost die These wagen, dass eine Mehrheit des Schweizervolkes bereit wäre, erkleckliche Summen

für die umweltbedingten Unkosten des kollektiven Wohlstands aufzuwenden.

Falsches Bewusstsein?

Hier stösst man jedoch auf die Bruchstelle, die der gegenwärtigen umweltpolitischen Konfrontation zugrunde liegt. Denn gerade dies, die Machbarkeit des Umweltschutzes, wird von vielen «Grünen» als entscheidender Denkfehler, ja schlimmer: als falsches Bewusstsein empfunden. Für sie besteht Umweltpolitik nicht im Lösen von Problemen, die eine Überfluggesellschaft sich selber schafft, sondern darin, dass durch Umdenken, durch Verhaltensänderung diese Probleme gar nicht erst entstehen können. Dies ist wohl die Quelle der eigenartigen Polarisierung, die man heute trotz wachsender Sensibilisierung für die Umweltfragen in weiten Kreisen feststellt. Je stärker sich die etablierten Parteien mit ihrem hergebrachten politisch-technokratischen Instrumentarium der Herausforderung durch die Umweltprobleme stellen, desto heftiger, unversöhnlicher wird die geradezu fundamentalistische Opposition, die sich unter Berufung auf eine neue Ethik des mit der Natur in Frieden lebenden Menschen gegen die traditionellen Methoden der Konfliktlösung stemmt und diesen ein radikales «Aussteigen» entgegensetzt.

Dieser im Extremfall sektiererischen, im Grunde apolitischen Verweigerung hat sich inzwischen eine altbekannte ideologisch-politische Opposition bemächtigt, die hier ein geeignetes Exerzierfeld für ihre kollektivistischen Rezepte vorgefunden hat. Denn wenn die individuelle Verhaltensänderung nicht freiwillig auf breiter Basis stattfin-

det — und zwar «subito» —, dann bleibt zur Durchsetzung einer «grünen» Politik eben nur der staatliche Zwang, und da man weiss, wie langsam demokratische Mühlen mahlen, muss dieser mit dem Argument des Notstandes beschleunigt verordnet werden. So ist unversehens eine seltsame Koalition unter grüner Flagge entstanden, die politisch letztlich unvereinbare Ziele verfolgt.

Absage an den Zwang

Wohin der stürmische Wettlauf ins Grüne führen wird, ist vorläufig noch kaum abzusehen; er wird aber zweifellos über den Wahltermin im Herbst hinaus Verunsicherung und Irritation bewirken. Immerhin, erste Anzeichen einer wohl tiefverwurzelten helvetischen Skepsis gegenüber allzu bunten Verkleidungen sind im Kanton Zürich sichtbar geworden. Die bekannten ideologischen Rezepturen blieben trotz grüner Programmatik erfolglos; der Einbruch in die Phalanx der etablierten Parteien gelang allein einer politisch unbelasteten und noch kaum organisierten Gruppierung. Gleichzeitig wurde umweltpolitisches Engagement auch innerhalb der bürgerlichen Parteien von den Wählern offensichtlich belohnt.

Der Fingerzeig ist trotz begrenzter Demonstration nicht zu übersehen. Eine entschiedenere, konsequentere Umweltpolitik darf nicht nur in den Wahlprogrammen, sondern muss auch in der Praxis, in den unvermeidlichen Kollisionen mit anderen Interessen einen höheren Stellenwert erhalten, soll die den Parteien drohende Erosion der Glaubwürdigkeit aufgehalten werden. Eine Systemveränderung, ein Not-

standsregime erscheint dafür aber weder notwendig noch erwünscht. Daran, dass Massnahmen nicht nur im Grundsatz, sondern auch in ihren Auswirkungen zuletzt demokratisch akzeptiert werden müssen — und daher den mühseligen Prozess des Aushandelns und Abschleifens durchlaufen —, führt kein Weg vorbei.

Tatsächlich wird man aber in der Umweltpolitik nicht allein mit dem Portemonnaie zum Ziele kommen,

sondern nur, wenn auch mit der individuellen Bereitschaft zu vernünftigem Masshalten, zu Einschränkungen und Verzichten gerechnet werden kann. Dass diese Bereitschaft wächst, ist unübersehbar. Bis aber die Einsicht vieler einzelner sich zu tragfähigen Mehrheiten summiert, werden die «Grünen» aller Schattierungen noch viel politische Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit leisten und sich in Geduld üben müssen.

Ulrich Pfister

Südasiens im Kräftefeld der Grossmächte

Afghanistans Besetzung — kein Provisorium

Seit dem Ende des britischen Empire in Indien, ist die Region Südasiens im aussenpolitischen Bewusstsein der Europäer weitgehend in den Hintergrund getreten. Selbst die sowjetische Besetzung Afghanistans, wodurch Moskau erstmals zu einem militärischen Machtfaktor in Südasiens wurde, wird in Europa entweder mit fragwürdigen Parallelen zu den amerikanischen Einflussphären in Lateinamerika verdrängt oder als ausschliesslich humanitäres Problem behandelt. Dabei werden drei wichtige Fakten vergessen oder unter den Tisch gewischt, die es — insbesondere aus europäischer Perspektive — bei jeder Diskussion über die globale Strategie der beiden Grossmächte an den Anfang zu stellen gilt.

Südasiens gehört zu jenen strategisch wichtigen Regionen der Erde, in denen, wie nicht nur Afghanistan und Sri Lanka, sondern auch mehrere derzeit verdeckte Konflikte auf dem Subkontinent beweisen, die Grossmächte terri-

torial expandieren können, ohne unmittelbar die Auslösung eines globalen Konflikts zu riskieren, wie dies in Europa oder im Mittleren Osten der Fall ist. Zum zweiten gehört Südasiens zur gleichen Landmasse wie Europa, was bedingt, dass neue Machtkonstellationen auf dem Subkontinent auch ihre Auswirkungen auf Europas Sicherheit haben. Zum dritten ist mit einer schlagkräftigen Flotte von Indiens Küsten aus ein Grossteil des Indischen Ozeans zu kontrollieren, was die Seeverbindungen Europas sowohl zu Südostasien als auch zum Fernen Osten direkt berührt.

Ein Viertel der Weltbevölkerung

Die mit einem Gipfeltreffen 1983 formell lancierte South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) umfasst die sieben gemeinhin zu Südasiens gezählten Länder, Bangladesh, Bhutan, Indien, die Male-

diven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka. Sowohl nach Osten wie nach Westen ist die Region ziemlich klar demarkiert, indem in der historischen Perspektive weder Burma noch der Iran zum Kerngebiet des indischen Kulturkreises gezählt werden können.

Weniger eindeutig ist die Begrenzung nach Norden und Nordwesten, wo sich in den letzten drei Jahrzehnten zwei auswärtige Grossmächte etabliert haben. Tibet, mit dessen vollständiger Integrierung sich China zur südasiatischen Macht aufschwang, und Afghanistan, dessen Besetzung die Sowjetunion zu einem fest etablierten südasiatischen Machtfaktor werden liess, weisen beide eine lange Geschichte der wechselseitigen Ebenen auf. Vor dem Hintergrund auch der langjährigen britisch-russischen Rivalität um die Kontrolle der nordwestlichen Eigangspforten zum Subkontinent wäre es ganz besonders verhängnisvoll, wenn Europa vergässe, dass Afghanistan zu Südasien gehört, und dass deshalb, wer dieses Land unter seinem Einfluss hält, ein gewichtiges Wort bei der Gestaltung des politischen Schicksals des Indischen Subkontinents mitzureden hat. In dieser Hinsicht mag von Nachteil sein, dass die wichtigste südasiatische Macht, Indien, zumindest derzeit sich diese Perspektive aus Rücksicht auf Moskau nicht öffentlich zu eigen macht.

Die europäischen Mächte, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und — Grossbritannien und Frankreich — seit dem Ende des Kolonialismus eine zunehmend geschichtslose Sicht der aussereuropäischen politischen Entwicklungen pflegen, fördern auch in der Schweiz die Meinung, dass, «was weit hinten in Indien geschieht», für das Wohl Europas keine Bedeutung habe,

eine Haltung, die sich unter anderem im geringen Stellenwert niederschlägt, die europäische Medien der Berichterstattung über Südasien einräumen. Schon die Tatsache, dass Südasien, das heute rund eine Milliarde Menschen beherbergt, in wenigen Jahren Heimstatt jedes vierten Erdenbewohners sein wird, sollte zu einer anderen Prioritätensetzung führen.

Mitschuldig an diesem Missstand ist die überwiegend kommerzialistische Sichtweise, die Europas Haltung gegenüber anderen Erdteilen und anderen Kulturen und Zivilisationen prägt. Massgeblich für die Bewertung einer Region ist deshalb primär deren Bedeutung als Absatzmarkt und Rohstofflieferant, wobei selbst hier nur in kurzen Zeiträumen gedacht und gehandelt wird. Bestärkt durch die nachhaltenden Ölschocks der siebziger Jahre und unter dem wachsenden Druck einer die Fundamente der Weltwirtschaft bedrohenden Schuldenkrise behält die Meinung, die Südasien hinter dem Mittleren Osten, hinter dem südlichen Afrika, hinter Zentralamerika und hinter Südostasien ins dritte und vierte Glied verbannt, die Oberhand. Dabei wird die Tatsache übersehen, dass die Menschen das entscheidende Element einer Entwicklung sind.

Auf der positiven Seite ist zu vermerken, dass Südasien während der kommenden Jahrzehnte zu den lukrativsten Absatzmärkten gehören wird, dass es schon heute über eines der weltweit grössten Heere an Facharbeitern verfügt, seit Jahrzehnten am «brain drain» nach Grossbritannien und Nordamerika beteiligt ist, in manchen Bereichen von Wissenschaft, Technologie und industrieller Fertigung ein beispielloses Potential von Kenntnissen und Fähigkeiten besitzt,

und dass es mit seiner jahrtausendealten, durch moderne Zivilisationsstörungen weitgehend unberührten Kultur zu den Schlüsselfaktoren der politischen und sozialen Stabilisierung der «Dritten Welt» werden kann.

Grenzen der Belastbarkeit

Andererseits wird das in den meisten südasiatischen Ländern noch immer unbewältigte Problem des Bevölkerungswachstums über die unmittelbare Nachbarschaft hinaus auch in Europa seine Sekundärfolgen zeitigen. Schon heute stehen hinter der überwiegenden Mehrheit der Flüchtlinge, die aus Südasien kommend in Europa um Asyl nachsuchen, nicht politische, sondern ökonomische Beweggründe, die zu einem guten Teil auf den wachsenden Bevölkerungsdruck zurückzuführen sind.

Südasien hat in den letzten Jahren, auch wegen des Erfolges der «grünen Revolution», den Hunger weitgehend besiegt und ist, insbesondere bei Reis und Weizen, Selbstversorger. Vor allem in den ökologisch fragilen Regionen des Subkontinents, beispielsweise in den dem Himalaja vorgelagerten Tälern, in den Hochebenen Nepals, in den wüsten- und steppenartigen Gebieten beidseits der indisch-pakistanischen Grenze sowie in den Regenwäldern Nordostindiens und entlang der Western Ghats in Südindien, zeichnen sich, nachdem in den letzten Jahren Warnzeichen konsequent ignoriert worden sind, die Grenzen der Belastbarkeit ab. Katastrophal ist, von Bhutan abgesehen, die Lage der Wälder, die in den letzten drei Jahrzehnten durch rücksichtslose Abholzung auf ein Minimum reduziert worden sind.

Das Szenario, dass die Menschen in nächster Zukunft nicht wegen Nahrungsmangels, sondern wegen fehlendem Feuerholz zur Zubereitung der Nahrungsmittel verhungern werden, ist nicht mehr als Schwarzmalerei abzutun. Aber auch in den bisher landwirtschaftlich erfolgreichen Regionen beginnen sich die Erträge zurückzubilden, da die Böden durch Überdüngung und Überwässerung zerstört werden. Hinzu kommt, dass die eskalierende Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten zusammen mit wachsenden materiellen Erwartungen neue Spannungen schaffen.

Neuer Rüstungswettlauf mit nuklearen Dimensionen

Während es, wie die Hungerkatastrophen in mehreren afrikanischen Ländern bewiesen haben, möglich ist, dass Europa unbehelligt mit der Misere in Entwicklungsländern koexistieren kann, stellt sich andererseits die Frage, in welcher Grössenordnung solche Katastrophen schliesslich politische und ökonomische Sekundärfolgen zeitigen, die auch vom fernliegenden Europa nicht mehr ignoriert werden können. Es sind die absehbaren Dimensionen möglicher Bevölkerungskatastrophen in Südasien, die zum Schluss führen, dass sich in diesem Fall die afrikanische Erfahrung nicht wiederholen wird. Mehrere Hunderttausend oder gar Millionen lassen sich vielleicht ignorieren oder mit karitativen Massnahmen abspeisen, nicht jedoch ein Viertel der Menschheit, insbesondere wenn dieses über Waffenpotentiale verfügt, die im Ernstfall auch dazu gebraucht werden könnten, Konflikte über die engeren Grenzen der Region

hinauszutragen oder gar globale Krisen zu provozieren.

In den vier Jahrzehnten seit dem Abzug der britischen Kolonialmacht hat die Region Südasien ein gerütteltes Mass an inner- und zwischenstaatlichen Konflikten erlebt. Zwischen den beiden Haupttrivalen, Indien und Pakistan, kam es zu drei verlustreichen Kriegen. Mit der Sezession Ostpakistans entstand 1971 nach blutigem Bürgerkrieg ein neuer Staat, Bangladesch. Zwischen Indien und China kam es 1962 zu einem Kriegsgang, der in einem schweren, teilweise noch heute spürbaren Schlag gegen das nationale Selbstbewusstsein Indiens resultierte. Im Tibet und in Afghanistan vermochten zwei Grossmächte gewaltige und strategisch bedeutende Territorialgewinne zu erzielen, während sich der Westen mit den Selbstbestimmungsrechten Namibiens, der Palästinenser und einiger Inseln im Pazifik herum-schlug.

Unruhen und Attentate

Aber auch innenpolitisch bestimmten Unrast und Gewalt das Bild der letzten vier Jahrzehnte. In Pakistan wurde der erste Premierminister, Liaquat Ali Khan, 1951 ermordet, während der nach Staatsgründer Mohammad Ali Jinnah wohl populärste Staatsführer, Zulfikar Ali Bhutto, 1979 auf Geheiss von General Mohammad Zia ul-Haq im Gefängnis hingerichtet wurde. Indiens «Vater der Nation», Mahatma Gandhi, wurde am 30. Januar 1948 ermordet, nur ein halbes Jahr nachdem Indien seine Unabhängigkeit erhalten hatte. Nehrus Tochter, Indira Gandhi, fiel im Oktober 1984 einem Attentat zum Opfer. Bangladeschs Staatsgründer,

Sheikh Mujibur Rahman, wurde vier Jahre, nachdem er sein Land in die Unabhängigkeit geführt hatte, bei einem Armeeputsch umgebracht. 1981 wurde einer seiner Nachfolger, General Ziaur Rahman, Opfer eines Attentats. 1959 wurde Sri Lankas Premierminister S.W.R.D. Bandaranaike, Ehemann der späteren Premierministerin Sirimavo Bandaranaike, im Amt erschossen. In Afghanistan, wo politische Morde und blutige Hofintrigen eine stolze Tradition haben, ging dem sowjetischen Einmarsch eine immer raschere Folge von Staatsstreichen voraus.

Mit Ausnahme Indiens und Sri Lankas hat keiner der südasiatischen Staaten vermocht, eine solide demokratische Tradition aufzubauen. Während auch in Indien — der Ausnahmezustand von 1975/77 — und in Sri Lanka — die Aufschiebung der Parlamentswahlen durch Präsident Jayewardene im Jahre 1982 — gelegentlich autoritäre Versuchungen an die Oberfläche kamen, haben andererseits in Pakistan und Bangladesh die Militärs selbst wiederholt versucht, demokratische Öffnungen zu konsolidieren.

Überforderte Nationalstaaten

Diese Fluktuationen sind die Folgen eines nur sehr prekären nationalen Zusammenhalts. Sowohl die jahrtausendealte Geschichte als auch das Erbe des britischen Empire üben Einflüsse aus, die gelegentlich die Integrationskräfte des modernen Nationalstaats übersteigen. Weder Indien noch Sri Lanka, und erst recht nicht die künstlichen Gebilde des 20. Jahrhunderts, Pakistan und Bangladesh, können ihre heutigen Grenzen auf geschichtliche Kontinuität abstützen. Weder die Im-

perien Ashokas und Akbars noch das Kolonialreich der Briten können dazu dienen, erstere weil sie in ihrem Staatsverständnis ebenso verschieden waren wie das Römische Reich vom heutigen italienischen Nationalstaat, letzteres weil es sich, im Zeichen des «teile und herrsche», eben jener religiösen, ethnischen, sozialen und sprachlichen Spaltungen bediente, die heute hinter den meisten Minderheitenkonflikten in Südasien stehen.

In der Tat können sich die Briten nicht aus der historischen Verantwortung für die andauernde Instabilität Südasiens stellen, mit ihrem zunächst allzu lange hinausgezögerten und sodann allzu überhasteten Abzug. Im Vordergrund steht hier natürlich die Teilung des Subkontinents nach religiösen Kriterien, womit von Anfang an die politische und militärische Rivalität zwischen Indien und Pakistan programmiert war, ohne dass, wie die spätere Sezession Bangladeshs sowie Hindu-Muslim-Streitereien in Indien beweisen, der Subkontinent in religiöser Hinsicht beruhigt worden wäre. Aber auch hinter der Unrast der Sikhs im Pandschab oder hinter dem Minderheitenkonflikt in Sri Lankas mehrheitlich tamilischem Norden steht das britische Erbe. Im Falle der Sikhs war es das geschickte Spiel der Briten, stets die Hoffnung auf einen eigenständigen Staat zu nähren, ohne jedoch eine verbindliche Zusage zu geben; im Falle der Tamilen hatten sich die Briten ihrer bewährten Politik bedient, das Schicksal von Minderheiten an ihr eigenes zu binden, indem sie diese gegenüber den Mehrheiten in der Erziehung, im Staatsdienst und in der Armee privilegierten.

Mit der Schaffung von Pakistan hatten die Briten, die sich mehr als ein

Jahrhundert im «grossen Spiel» am Khyber Pass gegen den russischen Expansionsdrang Richtung Indien zur Wehr gesetzt hatten, die politischen und militärischen Voraussetzungen zum Vordringen der Sowjetunion nach Südasien geschaffen. Ein geeintes Indien, das sich, in Abwesenheit ernst zunehmender Gegner im Osten und Westen, nur nach Norden, gegenüber China, hätte absichern müssen, wobei hier zudem die tektonische Beschaffenheit des Territoriums die quantitativen und technologischen Waffenbedürfnisse gegenüber den offenen Ebenen an der indisch-pakistanischen Grenze auf relativ bescheidenem Niveau hält, hätte keinen Anlass zur massiven Aufrüstung. Pakistan und Indien verlieren durch das kostspielige Wettrüsten nicht nur wertvolle Ressourcen, die in anderen Bereichen dringend benötigt werden, sie machen sich auch zum Spielball von Grossmächten.

Das Wettrüsten Indiens und Pakistans

Seit 1981 hat der militärische Wettlauf zwischen Islamabad und Delhi wegen der sowjetischen Besetzung Afghanistans einen grundlegend neuen Charakter angenommen. Die Reagan Administration, die Pakistan als «Frontstaat» gegen die russische Expansion betrachtet — nicht nur in Südasien, sondern seit dem Fall des Schahs auch in der Golfregion —, zeigt sich in der Wirtschafts- und Militärhilfe an Islamabad sehr grosszügig, sei es in quantitativer Hinsicht, sei es in der Bereitschaft, hochmodernes Kriegsgerät zu liefern, oder gar in der Bereitwilligkeit, pakistanische nukleare Rüstungsvorbereitungen zu ignorieren. Delhi wirft den Amerikanern vor, Pakistan unter dem

Vorwand der Sicherung von dessen Grenzen zu Afghanistan Offensivwaffen zu liefern, die sinnvoll nur in einem Krieg gegen Indien einzusetzen sind. Islamabad wiederum verteidigt sein aufwendiges Rüstungsprogramm damit, dass Indien von der Sowjetunion modernste Waffensysteme geliefert erhalte, dass es zudem über eine umfangreiche einheimische Kriegsindustrie verfüge, und dass schliesslich, vor dem Hintergrund des indisch-sowjetischen Freundschaftspaktes, Pakistan stets mit der Möglichkeit eines Zweifrontenkriegs zu rechnen habe. Die beiden Supermächte, die sich dieser intensiven Rivalität und dieses tiefgreifenden Misstrauens zum Verfolg ihrer eigenen Interessen bedienen, haben sich in den letzten Jahren bei der Lieferung modernster konventioneller Waffensysteme sehr grosszügig gezeigt. Amerika mit F-16-Flugzeugen oder M-1-Kampfpanzern und AWACS-Flugzeugen (derzeit in Unterhandlung) im Falle Pakistans, die Sowjetunion mit MIG-29- und MIG-31-Flugzeugen im Falle Indiens.

Komplexer und auch gefährlicher wird diese Rivalität durch die — zu meist verdeckte — nukleare Dimension. 1974 machte Indien mit einer «friedlichen Explosion» seine atomaren Pläne der Weltöffentlichkeit deutlich. In der Folge wurde es sowohl wegen der damals extremen wirtschaftlichen Verletzlichkeit Indiens wie auch wegen der unzweideutigen Opposition Moskaus gegen jede nukleare Proliferation wieder still um diese Pläne, und Indien, das sich wie Pakistan dem Nichtverbreitungsvertrag (NPT) nicht angeschlossen hat, insistierte auf einer rein friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Die offizielle Politik, die sich auch in

einem Engagement Indira Gandhis und sodann Rajiv Gandhis in einer Sechsnationen-Initiative zugunsten globaler nuklearer Abrüstung niederschlug, konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es unter dem verteidigungspolitischen Establishment Indiens stets eine starke und einflussreiche Gruppe der bedingungslosen Befürworter einer nuklearen Aufrüstung Indiens gibt. Diese Tendenz erhielt in den letzten Jahren durch wiederholte Berichte über atomare Pläne Pakistans erheblich Auftrieb. 1985 und 1986 mehrten sich die Anzeichen, die nach indischer Auslegung darauf hindeuten, dass Pakistan bereits im Besitz einer Atombombe oder nur noch «einige wenige Schraubendrehungen» davon entfernt ist. Es wurde darauf in Delhi der Ruf laut, dass Indien wie Pakistan eine Atombombe im «Kellergeschoss» bereithalten solle, dass zwar gegenüber der Weltöffentlichkeit, wie dies seitens Islamabads geschieht, «nukleare Unschuld» manifestiert wird, jedoch gleichzeitig keine Zweifel über eine atomare Kapazität belassen werden sollen. In Islamabad als auch Delhi sind sich die Strategen einig, dass die Entwicklungen zu weit gediehen sind, als dass sich ein — im Vergleich zu anderen Staaten bescheidenes — nukleares Wettrüsten vermeiden liesse. Hinzu kommen Indiens teilweise berechtigte Zweifel daran, ob Washington genügend wirtschaftlichen und politischen Druck auf Islamabad ausüben werde, um dessen nukleare Ambitionen zurückzubinden.

Russlands Vormarsch nach Indien

Unter den geopolitischen Entwicklungen in Südasien seit 1947 ragen

zwei Ereignisse hervor, die beide lebenswichtige Interessen Pakistans tangieren. Zum einen ist es die Sezession Ostpakistans, wodurch der pakistanische Staat 1971 auf einen Schlag mehr als die Hälfte der Bevölkerung verlor und, was noch wichtiger ist, seine politische und religiöse Anziehungskraft auf die Muslims in Indien einbüßte. Zum zweiten ist es die sowjetische Besetzung Afghanistans. Während die erste Entwicklung primär von regionaler Bedeutung war, kommt der zweiten ein globaler Stellenwert zu, auch wenn dies insbesondere von der westeuropäischen Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wird.

Während der britischen Kolonialzeit, insbesondere im 19. Jahrhundert, ging es London bei der Sicherung der nordwestlichen Grenzen von Britisch Indien primär darum, gegenüber dem expandierenden russischen Reich einen «cordon sanitaire» zu schaffen. In diesem Szenario kam Afghanistan eine Schlüsselrolle zu. Solange Afghanistan als selbständiger Staat bestand, auch wenn russische und britische Agenten in Kabul ihre eigenen Höflinge an die Macht zu bringen suchten, konnte es aus britischer Sicht als «Stolperdraht» für den russischen Vormarsch nach Süden dienen. London hatte erkannt, dass diejenige Macht, die ihre eigenen Bodentruppen vor Ort hatte, über strategische Vorteile verfügte, musste also, um die relative Schwäche der britischen Truppen in Indien zu überdecken, ein politisches Hindernis schaffen, das den russischen Vormarsch zumindest solange aufgehalten hätte, bis die britischen Verteidigungskräfte in Indien verstärkt worden wären.

Aus der Sicht Petersburgs wiederum, das aus seinen Expansionsplänen in Asien keinen Hehl machte, ging

es darum, den britischen Einfluss in Afghanistan zurückzudämmen. Während für London die Frontlinie der afghanisch-indischen Grenze spätestens seit dem Fehlschlagen der Afghanistan-Feldzüge eine endgültige war, konnte aus russischer Sicht Afghanistan nie mehr als eine Transitstation auf dem Weg nach Indien sein. Aus der Annexion Afghanistans ergeben sich für Russland angesichts der militärischen Schwäche Indiens und heute Pakistans keine defensiven Vorteile. Die eigenen Grenzen können genauso gut auch ohne Kolonialisierung Afghanistans verteidigt werden. Die Präsenz in Kabul war unter diesem Gesichtspunkt nur im Dienste einer Vorwärtsstrategie sinnvoll, ein Schluss, der durch diplomatische Noten aus dem 19. Jahrhundert, die von Petersburg an London gerichtet worden waren, untermauert wird.

Dieser historische Exkurs ist nützlich, nicht nur weil dadurch die strategischen Implikationen der sowjetischen Besetzung Afghanistans deutlicher werden, sondern vor allem, weil daraus hervorgeht, dass es für Moskau keinen Grund gibt, sich je freiwillig aus Afghanistan zurückzuziehen. In der Tat muss die sowjetische Besetzung Afghanistans in die seit dem 17. Jahrhundert ungebrochene Expansion Russlands nach Asien eingereiht werden.

Die Vorteile, die Moskau direkt und indirekt aus der Präsenz in Afghanistan erwachsen, sind beträchtlich und bestätigen die Befürchtungen, die London im 19. Jahrhundert über den Vormarsch Russlands nach Indien äußerte. Zum einen ist die Sowjetunion nun die einzige Grossmacht, die im südasiatischen Raum Bodentruppen stationiert hat, die, nachdem die Infrastruktur bereits vorhanden ist, beliebig

verstärkt werden können. Zum zweiten steht der modern ausgerüsteten sowjetischen Streitmacht kein ebenbürtiger Gegner gegenüber. Indien und Pakistan, selbst wenn sie sich zu gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen aufraffen würden, könnten einen deziert vorgetragenen sowjetischen Angriff nicht stoppen, angesichts des Terrains wahrscheinlich nicht einmal beträchtlich verzögern. Dazu kommt, dass die stärkste Militärmacht der Region, Indien, weitgehend mit sowjetischem Material ausgerüstet ist, und dass Moskau wohl über sehr eingehende Kenntnisse hinsichtlich der strategischen Dispositive Indiens verfügt. Ferner ist es sowohl vom politischen wie — bei den westeuropäischen Mächten — vom logistischen Gesichtspunkt her höchst unwahrscheinlich, dass eine westliche Macht über die Lieferung von Waffen hinausgehen würde. Eine Stationierung amerikanischer oder britischer Truppen an der über 3000 Kilometer langen pakistanisch-afghanischen Grenze lässt sich derzeit kaum als realistisches Szenario bezeichnen; doch ohne eine solche Unterstützung wären die vier schwach mechanisierten Divisionen, die heute Pakistan an dieser sensitiven Grenze stationiert hat, nicht in der Lage, einen breit angelegten sowjetisch-afghanischen Angriff abzuwehren.

Pakistan unter Druck

Wenig überzeugend wirken sowjetische Beteuerungen, dass die Entsendung von Truppen nach Afghanistan zum Schutze der eigenen Grenzen erfolge, die von einem muslimisch-fundamentalistischen Regime in Kabul direkt bedroht wären. Sowjetische Reak-

tionen an der pakistanisch-afghanischen Grenze, beispielsweise bei Vorstößen muslimischer Freiheitskämpfer, lassen keinen Zweifel daran, dass Moskau heute seine Sicherheitsinteressen nicht erst an der sowjetisch-afghanischen, sondern bereits an der afghanisch-pakistanischen Grenze tangiert sieht. Daraus folgt auch, dass der militärische Druck, den die Sowjetunion an der afghanisch-pakistanischen Grenze auszuüben in der Lage ist, die aussenpolitische Bewegungsfreiheit Pakistans entscheidend begrenzt. Dies hat seine indirekten Wirkungen auf die Kräfteverhältnisse in der Golfregion. Im iranisch-irakischen Krieg liegen die Interessen Pakistans, das mit dem Iran eine umstrittene Grenze hat, eindeutig auf der Seite Iraks. Ein Sieg des Irans müsste Pakistan, dessen wirtschaftliche Interessen sehr stark auf Saudiarabien und andere Mitgliedstaaten des Gulf Cooperation Council ausgerichtet sind, schwer treffen. Die sowjetische Präsenz in Afghanistan und die daraus folgende erhöhte Verletzlichkeit der pakistanischen Nordwestgrenze verunmöglichen jedoch pakistanische Druckversuche gegen Iran zur Entlastung der irakischen Front von vornherein. Mit der Besetzung Afghanistans hat somit Moskau zugleich auch Pakistan als Machtfaktor in der Golfregion neutralisiert.

Schliesslich kommt hinzu, dass die Sowjetunion die Möglichkeit erhalten hat, mit dem Marionettenregime in Kabul, dessen politisches und physisches Überleben ganz von Moskaus Gnaden abhängt, in Geheimabkommen strategisch folgenschwere Grenzberichtigungen vorzunehmen. In einem Gebietsstreifen, dem Wakhan-Korridor, scheint dies nach verlässlichen Berichten bereits eingetreten zu sein. Der

Wakhan-Korridor im Pamir-Gebiet ist eine kleine, weitgehend unwirtschaftliche Landzunge im Nordosten Afghanistans, deren hohe politische und strategische Bedeutung darin besteht, dass sie die einzige gemeinsame Grenze Afghanistans und Chinas umfasst sowie die Sowjetunion von der unmittelbaren Nachbarschaft zu Pakistan trennt. Der Wakhan-Korridor gehörte zum britischen Konzept des «Stolperdrahts». Wird er beseitigt, so hat Russland erstmals in seiner Geschichte mit Indien — hier in den Grenzen Britisch Indiens gesehen — eine gemeinsame Grenze. Hinzu kommt, dass der Wakhan-Korridor an die umstrittenen Gebiete um Kaschmir angrenzt, also sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum wichtigsten Krisenpunkt Südasiens befindet. Insbesondere auch in bezug auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen käme einem Gebiet wie dem Wakhan-Korridor eine Schlüsselstellung zu.

Ansätze zur regionalen Zusammenarbeit

Angesichts der nuklearen und grossmachtpolitischen Schatten über dem Subkontinent scheint es schwer zu fallen, Zeichen der Aufhellung über Südasien zu finden. Dennoch wäre eine ausschliesslich pessimistische Sicht der Region nicht nur verfehlt, sondern müsste auch den Einblick in die gewaltigen Zukunftspotentiale Südasiens verwehren. Die grosse Aufmerksamkeit, die vor allem Indien, aber auch Pakistan in den westlichen Industriestaaten bei Banken und Unternehmen gewidmet wird, ist ein Fingerzeig auf das beträchtliche Marktpotential der Region.

Vor diesem Hintergrund muss die im letzten Jahr erfolgte offizielle Lancierung eines regionalen Zusammenschlusses, der SAARC, als wichtige Wegmarke im Prozess einer Stabilisierung Südasiens gewertet werden. Die 1981 vom damaligen Staatspräsidenten Bangladeshs, Ziaur Rahman, entworfene Idee eines regionalen Zusammenschlusses hat, für asiatische Verhältnisse überraschend schnell, politisch Gestalt angenommen. Erst vor kurzem trafen sich die Regierungschefs der sieben Mitgliedstaaten im südindischen Bangalore zum zweiten Gipfel und vereinbarten die Errichtung eines gemeinsamen Sekretariats in Kathmandu. Die Proponenten von SAARC waren sich von Anfang an klar, dass dieser regionale Zusammenschluss weder den Europäischen Gemeinschaften noch der südostasiatischen ASEAN nachgebildet werden könnte. Ein Blick auf die wesentlichsten Unterschiede zwischen SAARC und der Europäischen Gemeinschaft wie auch ASEAN enthüllt nicht nur die immanenten Schwächen des südasiatischen Zusammenschlusses, sondern gibt auch Indikationen auf jene Entwicklungsmöglichkeiten. In SAARC gibt es — anders als in der EG und in ASEAN — keine einigermaßen gleichgewichtigen Partner. Während in Europa Frankreich, Grossbritannien und die Bundesrepublik, und in Südostasien Indonesien, Thailand und die Philippinen sich als zur gleichen Liga gehörend sehen, gibt es in Südasien zu Indien kein Gegengewicht. Kulturell, bevölkerungsmässig, wirtschaftlich und — seit der Sezession Bangladeshs — auch militärisch ist Indien heute mächtiger als alle sechs übrigen SAARC-Mitglieder zusammen. Hinzu kommt, dass Indien mit allen anderen SAARC-Staaten gemeinsame

Land- oder Seegrenzen hat, während diese untereinander keine gemeinsamen Grenzen besitzen. Da Friktionen in der Regel zwischen Nationen mit gemeinsamen Grenzen entstehen, war auch verständlich, weshalb in einer ersten Phase, noch unter Indira Gandhi, Indien dem Projekt eines regionalen Zusammenschlusses sehr skeptisch gegenüberstand. Delhi befürchtete, dass eine solche Verbindung schon bald in ein Forum gemeinsamer Klagen gegen Indien degenerieren müsste.

Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass, anders als bei der Europäischen Gemeinschaft, bei SAARC die internen Kriegsursachen noch lange nicht beseitigt sind. Während niemand mehr ernsthaft einen deutsch-französischen Krieg in Erwägung zieht, ist ein Kriegsgang zwischen Pakistan und Indien nicht auszuschliessen. Bei SAARC «sitzt der Feind mitten drin», so ein skeptischer Beobachter aus Nepal. Die EG wie auch ASEAN sind entstanden in der Perzeption gemeinsamer Bedrohungen, die Sowjetunion in Europa, Vietnam in Südostasien. In Südasien gibt es hingegen kein gemeinsames Bedrohungsszenario, nicht nur weil Indien und Pakistan die drei Hauptmächte, die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und China, von unterschiedlichen Sicherheitspositionen her betrachten, sondern auch weil es in der historischen Perspektive des Subkontinents keine gemeinsam empfundenen Bedrohungsbilder gibt.

Der Wert einer institutionalisierten regionalen Zusammenarbeit in Südasien besteht zunächst darin, dass Treffen auf höchster Ebene, seien es Fachminister oder Regierungschefs, zu einer politischen Routine werden. Dies hat angesichts der latenten Spannun-

gen innerhalb der Region allein schon einen positiven Effekt. Während es beispielsweise bisher nicht möglich war, den seit einigen Monaten angekündigten Besuch Rajiv Gandhis in Pakistan zu realisieren — unter anderem wegen innenpolitischen Reperkussionen —, traf sich der indische Premierminister mit seinem pakistanischen Kollegen, Mohammad Khan Junejo, beim SAARC-Gipfel in Bangalore nicht nur zu multilateralen, sondern auch zu bilateralen Gesprächen. Das gleiche galt auch für Konsultationen zwischen Rajiv Gandhi und dem srilankischen Präsidenten Junius R. Jayewardene.

Ferner kann SAARC als Basis für die Heranbildung eines gemeinsamen regionalen Bewusstseins dienen. Auch wegen der unterentwickelten Kommunikationsinfrastruktur ist der Austausch von Personen und Informationen innerhalb der Region sehr bescheiden. In der Regel nehmen die Völker Südasiens voneinander nur durch Flüchtlingsbewegungen Kenntnis. Mit der von Anfang an betonten schwergewichtigen Ausrichtung von SAARC auf nicht-politische und weitgehend auch nicht-ökonomische Gebiete kann der Zusammenschluss in Bereichen wie Meteorologie, Umweltschutz und Kommunikation, die für die Stärkung der Selbsterhaltungskräfte der Region von Bedeutung sind, wirksam sein. Dies liegt nicht zuletzt im Interesse der globalen Bemühungen um einen Spannungsabbau zwischen den beiden Supermächten, müsste doch die Destabilisierung der bevölkerungsstärksten Region der Erde Rückwirkungen auf die Kräfteverhältnisse in anderen Regionen, insbesondere im Mittleren Osten, in Südostasien und in Europa haben.

Urs Schöttli

Uraufführungen — in Bern und in Zürich

E. Y. Meyer: «Sundaymorning» (Stadttheater Bern)

Den Aufsatz für den Materialienband über E. Y. Meyer, vor vier Jahren geschrieben, begann ich mit der Feststellung, das erste Theaterstück des Schriftstellers, «Sundaymorning», sei noch nicht uraufgeführt worden. Es gebe keine Theatererfahrung damit. Man könne nicht wissen, ob es den Zuschauer bis in den schwierigen dritten Akt hinein fesseln werde. Ich müsse mich auf meine szenische Phantasie verlassen. Erst jetzt kann, was ich mir damals vorgestellt habe, durch die Realität und die Wirkung einer Inszenierung ersetzt werden. Das *Stadttheater Bern* hat sich des Stücks angenommen, das seit längerer Zeit schon im Druck vorliegt, nach Adaptionen, die für bundesdeutsche Theater- und Sprachverhältnisse hergestellt worden sind, auch in der berndeutschen Urfassung, die der Inszenierung von *Heidi und Werner Hutterli* zugrundeliegt. Die Kritiken der Premiere (ich habe erst die mehrere Tage danach angesetzte Wiederholung gesehen) waren kontrovers. In Bern fanden die Kollegen, die Inszenierung des lange für unspielbar gehaltenen Stücks habe überzeugt, seine Bildersprache wirke nach. Effektivoll komme die eigenwillige Sprachstruktur zum Zuge, diese Collage aus Berndeutsch mit Einsprengeln aus dem Hochdeutschen, Englischen, Italienischen und anderen Sprachen, diese Mischung aus Tiefsinn und Kalauern. Die «Neue Zürcher Zeitung» nannte die Leistung der zwei Hauptdarsteller «lustvoll und

überzeugend» und beschloss ihre Besprechung mit der Feststellung, die Uraufführung habe gezeigt, dass E. Y. Meyer «*jenes verrückte und lebendige Theater zu entwerfen vermag, das gleichzeitig einen Blick hinter die Kulissen einer modernen Gesellschaft auf der Flucht wagt*». Im «Tages-Anzeiger» stand ein Verriss. Das sei «*Weltschmerz im Künstler-Stöckli*» und grenze ans Vereinstheater; im übrigen ist da auch von «*philosophisch gemeinten*» Klischeegesprächen die Rede. Der Fehler, den E. Y. Meyer als Dramatiker mache, bestehe darin, dass er in den Regieangaben und im Text, den seine Figuren zu sprechen haben, auf Visionen verweise, statt sie für die Schauspieler (und die Zuschauer) sprachlich und szenisch fassbar zu machen. Der böseste Verriss allerdings fand sich in der «Basler Zeitung». Es scheint, sein Verfasser habe weniger das Stück und seine Aufführung als vielmehr ein paar etwas pauschale Urteile über unsere Theater, die E. Y. Meyer vor Jahren im Gespräch geäußert hatte, mit seinem Rundumschlag treffen wollen. Das Gespräch, im Materialienband vollständig vorliegend, ist im Berner Programmheft teilweise abgedruckt, und da wird es der Basler Kritiker wohl gelesen und sich darüber geärgert haben. Sein Zorn muss so gross gewesen sein, dass er nicht mehr unvoreingenommen wahrzunehmen in der Lage war, was auf der Bühne vor sich ging. Er schrieb also, das Stück sei «*stinklangweilig*» und zeige keine Spur von «*Handwerk*». In seinem affektgeladenen Theaterbericht findet sich gar der Satz, da wolle sich

ein Schreiber interessant machen, «*der vom Theater so viel Ahnung hat wie die berühmte Kuh vom Sonntag*».

Dies also — in Kürze und unvollständig — das Echo, zu dem nachzutragen ist, dass die Inszenierung im Publikum ankommt — was ja nun wirklich nicht gegen das Stück spricht. Namentlich der erste Akt ist höchst bühnenwirksam, vermag in eindrucklichen Bildern und Dialogfragmenten die Zerrissenheit und Verlorenheit nicht nur der beiden jungen Künstler, sondern der gegenwärtigen Zustände sichtbar zu machen. Den frommen Bauern, die zum Gottesdienst am Denkmal pilgern, ist — bildlich gesprochen — der Boden ebenso entzogen wie den zwei Freunden Pablo und Edy. Ihr Aussenseiterdasein, ihre Parodien und ihr Spott hängen ebenso in der Luft, wie ihre Macho-Posen schlecht getarnte Angst sind. Das ist schon ein szenisch eindrucksvoll realisiertes Stück Gegenwartsdiagnose, gespickt mit Überraschungen artistischer Art. Bei den Eskapaden Pablos (*Daniel Ludwig*) und Edys (*Frank Demenga*) ist der Gedanke an Arlecchino und Truffaldino insofern nicht abwegig, als auch hier pantomimisch und sprachlich eine Situation, ferner Vorgänge und nicht zuletzt auch die eigene Figur imitatorisch kommentiert werden. Die Freunde spielen Tour de Suisse, dann wieder spielen sie anspruchsvolle Gäste, dann Troubadoure, Angeber auch: Es ist ein grosses Repertoire szenischer Darstellung, das sie bravourös bewältigen. Die Wirtin (*Marlise Fischer*), die Reiterin (*Brigida Nold*), die kleinen Balletteusen und die Bäuerinnen und Bauern bis hin zum alternden Jogger und zum Musikautomaten im Zentrum des Wirtshausgartens sind Auslöser und Spiegel ihres Spiels, das zugleich realistisch und ab-

surd-verfremdet, parodistisch und surrealistisch abläuft, in einem mit Architekturkulissen des Heimatschutztheaters ironisch spielenden Bühnenbild (*Werner Hutterli*). Der zweite Akt, vor dem Antiquitäten-Stöckli des Freundes Bopp und seiner englischen Freundin Vanessa (*Herbert Müller* und *Katharina von Büren*) spielend, bringt weniger Aktion, ist mehr auf zum Teil besinnliche, auch grüblerische Dialoge gestellt. Noch flackert das mutwillige Spiel der zwei Künstlerfreunde vereinzelt auf. Aber je älter der Sonntagmorgen wird, desto mehr erlahmt es. Und da nun gähnen leere Stellen. Was im Text angelegt ist als Demaskierung einer hohlen Munterkeit, als allmähliche Enthüllung der Wahrheit, die so fröhlich und spielerisch gar nicht ist, sondern trostlos, eine Welt und eine Gesellschaft, denen die sinngebenden Inhalte abhanden gekommen sind, wird auf der Bühne nicht zur szenischen Wirklichkeit.

Ich glaube nicht, dass die Verlegenheit, die sich schon im zweiten und dann erst recht im dritten Akt einstellt, in welchem die zwei Freunde im Atelier Pablos über die Frauen, über den notwendigen «Gang zu den Müttern» und über die vertane Chance des Menschen philosophieren, bis Edy den Freund schliesslich seiner Depression und Verzweiflung überlässt, der Inszenierung anzulasten sei. Mag sein, dass ganz verschiedenartige Ursachen zusammenkommen. Aber das Fazit ist eindeutig: Die Botschaft, die da — noch dazu mit Zitaten aus den Brüdern Grimm und aus der «*Ästhetik des Widerstands*» von Peter Weiss — über eine noch mögliche Zukunft erörtert wird, kommt nicht über die Rampe. Ein Grund dafür kann das Berndeutsche sein, der Alltagsjargon der zwei jungen

Männer. Diese Sprachform ist von den beiden Darstellern auf bewundernswerte Weise adaptiert, sie dient ihnen wie Gestik und Mimik zur szenischen Selbstdarstellung. Aber zur ernsten, in die Tiefe greifenden Aussage über allgemeine Fragen taugt sie weniger gut. Sie ist ein Charakteristikum der Figuren, wie sie im ersten Akt in Szene treten. Arlecchino und Truffaldino aber, zu denen man Pablo und Edy sehr wohl in Beziehung setzen darf (und nach dieser erfreulich besetzten Inszenierung auch muss!), kann man sich schwerlich als Philosophen vorstellen, die Weltschmerz artikulieren. Es ist E. Y. Meyer gelungen, zwei Typen, zwei aus dem Geiste der *Commedia dell'Arte* entsprungene Berner Intellektuelle und Künstler auf die Bühne zu stellen, an denen man seine Freude haben muss. Nur zeigen sich die Figuren (denen die beiden Schauspieler optimal gerecht werden) leider überfordert, kulturkritische Schwerarbeit zu leisten. Vielleicht ist diese Erfahrung nur mit der Bühne zu machen, nur mit der Realisation des Textes durch die Theatermacher.

Darum auch halte ich es für wenig sinnvoll, einen Verriss über die Berner Aufführung zu schreiben, wenn es auch möglich und für manchen Kritiker natürlich verlockend sein mag. Denn die Erfahrungen, die allein die Inszenierung auf dem Theater zu vermitteln vermochte, sind in diesem Fall sowohl positiv wie negativ. Es ist jetzt überhaupt kein Zweifel, dass E. Y. Meyer bühnenwirksame Figuren und bühnenwirksame szenische Sequenzen von eigenartiger Prägnanz zu schreiben vermag. Nur darf er nicht die Bühne mit dem Katheder verwechseln, die Figuren seines Spiels nicht mit den Disputanten eines philosophischen Seminars.

Hier ist nicht beanstandet, was möglicherweise an seinen Thesen problematisch sein könnte; hier ist lediglich gemeint, es seien den im Spiel Gestalt annehmenden Figuren nicht unangemessene Aufgaben zuzuweisen. Dass das *Berner Stadttheater*, unter Beihilfe der *Warlomont-Anger-Stiftung*, diese Erfahrung ermöglicht hat, ist verdienstvoll, und man muss eigentlich nur beklagen, dass es so lange gedauert hat, bis «*Sundaymorning*» den Weg auf die Bühne endlich gefunden hat. Der Autor hat vielleicht mit seiner Weigerung, im «Keller» oder sonst irgend in einer Theaterwerkstatt seinen Text zu erproben, diese Realisation nicht gerade gefördert. Aber ich denke, von seiten der Dramaturgen und Regisseure sei da auch nicht allzu viel Neugier am Werk gewesen. Das Ergebnis der Berner Inszenierung stellt ihrer Urteilskraft kein über Zweifel erhabenes Zeugnis aus. Stücke wie dieses *müssten* gemacht werden, nicht erst Jahre nach ihrer Entstehung. Denn E. Y. Meyer könnte für das Theater noch wichtig werden.

**Raymond Chandler /
Gottfried Greiffenhagen:
«Der lange Abschied»
(Schauspielhaus Zürich)**

Das also wäre ein Fall aktiver Dramaturgie? Es sei gelungen, das schrieb man und sagte man in Zürich schon vor mehr als einer Spielzeit, «*den Spezialisten für Dramatisierungen epischer Stoffe*», Gottfried Greiffenhagen eben, der schon Romane von Hans Fallada, Heinrich Mann und Irmgard Keun fürs Theater eingerichtet habe, für dieses grosse Projekt zu gewinnen. Warum das so wichtig sein soll, warum Raymond Chandlers Roman «*The Long*

Goodbye» zur Bühne förmlich dränge und ausserdem in ein zwar nicht einsehbares Konzept der Dramaturgie des Schauspielhauses passen soll, bleibt nach der aufwendigen Realisierung in der Regie von *Gerd Heinz* und im Bühnenbild von *Wolfgang Mai* nach wie vor unklar. Zum einen bleiben Zweifel, ob ausgerechnet dieser Stoff, noch dazu so sklavisch dem Kriminalroman entlang «dramatisiert» (nämlich teils erzählt und teils den Dialogen folgend gespielt), überhaupt je theatergerecht werden konnte. Und zum andern frage ich mich, welche Funktion dieses etwas reisserische Sittenbild in der gegenwärtigen Situation des Schauspielhauses etwa haben könnte. Vom Theaterinstinkt der künstlerischen Leitung zeugt diese Inszenierung nicht gerade. Zwar wird *Chandlers Story* einigermaßen vermittelt. Aber man hätte den Roman ja auch von Schauspielern vorlesen lassen können. Die Wirkung wäre vermutlich nicht schwächer, vielleicht sogar stärker gewesen. Denn einiges an Greiffenhagens «Dramatisierung» wirkt jetzt wie dem Buch zu Unrecht entfremdet. Typische Wendungen und Überraschungen im Gang der Handlung sind eindeutig Erzähltechnik und ebenso eindeutig nicht bühnengerecht. Die allzu häufige Zuflucht zum Telefon und zum Telefonrecorder, zum Brief und zur unverhofften Erscheinung einer völlig neuen Figur wirkt hilflos. Das komplizierte Beziehungsgeflecht zwischen den handelnden Personen erfordert zuviel Erklärung und erlaubt den Figuren zu wenig Selbstdarstellung. Eine Gestalt wie *Terry Lennox*, dem *Peter Brogle* immerhin virtuos die Züge eines verzweifelten und desillusionierten Alkoholikers zu geben vermag, ist eigentlich keine Bühnenfigur, weil sie nämlich —

vom Anfang und vom Schluss abgesehen — nur im Geiste anwesend ist, in der Erinnerung, in der Motivation von Handlungen anderer Figuren: eine epische Präsenz, aber keine sinnliche.

Aber es könnte ja sein, dass *Chandlers Figuren* und die Konstellation, in denen er sie zeigt, etwas mit unserer aktuellen Lage, vielleicht gar mit der konkreten Situation des Theaters am Heimplatz zu tun haben. Der Gentlemendetektiv *Marlowe*, der unerschrocken gegen die bösen Mächte vorgeht, der loyal und freundschaftlich denkt und selbst vor dem Multimillionär nicht kuscht, — ist er nicht geradezu ein Abbild derer, die sich in der Zeitung «*Schauspielhaus Extra*» erst kürzlich gegen «*Schmutz- und Rufmordkampagnen*» und gegen «*böse Botenberichte*» von der Theaterfront zur Wehr gesetzt haben? *Michael Rastl* spielt *Chandlers* berühmten Privatdetektiv gewiss überzeugend, in schöner Unabhängigkeit und gewissermaßen auch in steter Verwunderung über die Korruption und Schlechtigkeit der besseren Gesellschaft. In seinen Gegenspielern, dem Konzernherr *Potter*, der Polizei, dem Bar- und Nachtclubbesitzer *Menendez* und den schönen Frauen müsste sich dann allerdings die bürgerliche Gesellschaft irgendwie gespiegelt sehen. Ich fürchte, das funktioniert nicht so recht. Im Programmbuch zur Inszenierung von den «*atomisierten Biographien des Atomzeitalters*» (!) und gar noch vom «*grossen dramatischen Bogen*» mit Bezug ausgerechnet auf diese Fleissarbeit zu schreiben, halte ich nicht nur für stilistisch ungeschickt, sondern schlicht für reichlich übertrieben. Diese Grossproduktion des Hauses, vom Zürcher Theaterverein durch einen besonderen Beitrag unterstützt, hinterlässt Ratlosigkeit, und das nicht, weil die Zu-

schauer die Handlung nicht verstehen, sondern weil nicht einsehbar wird, warum Chandlers Story aufs Theater musste. Da kommt sie nämlich, trotz guter Leistungen der Darsteller, nicht recht zum Zuge. Hie und da leuchtet eine Pointe aus Chandler/Greiffenhagens Dialog auf, auch das zwar eher selten; aber im übrigen wirkt manches nur mühsam: eingeebte Spielflächen, Miniszenen, in denen sich kein Spiel entfalten kann, keine mimische und gestische Präsenz, allenfalls Spielarten des Alkoholismus und ausserdem der stereotype Griff zur Zigarette. Nicht eine in szenisches Spiel verwandelte Erzählung ist das, sondern eine dem Buch grundlos entrissene Geschichte von Blondinen, Bourbon und Mord. *Eva Rieck* spielt eine Hollywood-Schönheit, die mit tiefer Stimme im Nachtclub singt und schliesslich als zweifache Mörderin überführt ist. Ein

grosses Ensemble hat sich in den Dienst des Projekts gestellt. Chandlers Ruhm in Ehren! Aber gibt es denn keine Stücke fürs Theater, die auf die Uraufführung warten? Keine Rollen die den Schauspielern dankbarere Aufgaben stellen als die, in denen jetzt René Scheibli, André Jung, Renate Schroeter oder Dietmar Schönherr und Wolfgang Stendar beschäftigt sind?

Mit Uraufführungen hatte das Schauspielhaus in dieser Spielzeit keine glückliche Hand. Schon Philipp Engelmanns *«Hochzeitsfahrt»* (immerhin der Erstling eines jungen Autors) liess Zweifel an der Urteilssicherheit derer offen, die hier dramatische Texte im Hinblick auf ihre Spielbarkeit prüfen. Das Chandler-Projekt, für das man in Pressekonferenzen und schriftlichen Ankündigungen grosse Erwartungen geweckt hat, erweist sich im nachhinein als Holzweg.

Anton Krättli

«Im Blick auf die nächsten hundert Jahre fürchte ich einen endgültigen, kolossalen, kosmischen Zusammenbruch; doch nicht so, wie wir uns das früher vorgestellt hatten. Ich glaube, dass es die Wissenschaft ist, die uns zerstören wird, und dass wir uns betragen wie Affen, die mit einer mit Explosivstoff gefüllten Granate herumalbern; wir wissen und sorgen uns nicht im geringsten darum, woher unsere praktisch unendlichen Energien kommen oder wohin sie uns bringen werden. Für meine Person trifft das zu; ich mache mir persönlich keine Sorgen. Doch die leiseste Störung des Gleichgewichts wird durch das ganze Sonnensystem hindurch gespürt und ich bin gewiss, dass unsere Macht über Energie nunmehr einen Punkt erreicht hat, an welchem sie das bisherige Arrangement spürbar verändern wird. Für mich ist es mathematisch gewiss, dass weitere dreissig Jahre der Energieentfaltung in eine Sackgasse führen müssen. Das jedoch ist eine Überlegung, die völlig neu und unseren Zeitgenossen völlig zuwider ist.»

Henry Adams: Brief an den Bruder Brooks Adams, August 1902